

chen hat sich weiter erhöht. Hingegen sind größere Anstrengungen notwendig, um noch mehr Frauen als Ratsvorsitzende, Oberbürgermeister und Bürgermeister von Städten vorzubereiten.

Das Politbüro und das Sekretariat befaßten sich wiederholt mit der Durchführung des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen. Vom Funktionieren des kommunalen Alltags gehen vielfache und wohltuende Wirkungen auf die Atmosphäre in den Städten und Gemeinden aus. Hohe Anerkennung fand, daß anlässlich der Wahlen überall in Stadt und Land kommunale Vorhaben abgeschlossen und den Bürgern zur Nutzung übergeben werden konnten. Die Leistungen jener Betriebe und Einrichtungen, die den örtlichen Staatsorganen unmittelbar unterstehen, sind wesentlich schneller zu steigern. Weiter zu intensivieren ist das Zusammenwirken der Volksvertretungen und örtlichen Räte mit den Betrieben, Genossenschaften und Einrichtungen.

Das Politbüro hält es für erforderlich, daß der Ministerrat die vielfältigen Vorschläge prüft, die darauf zielen, die Verantwortung der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Räte für die Leistungs- und Effektivitätsentwicklung im Territorium zu erhöhen und direktere Beziehungen zu den Haushalten der Kreise und Städte herzustellen.

Stärker als in der Vergangenheit versuchte der Klassengegner über westliche elektronische Medien die Wahlen in der DDR negativ zu beeinflussen und Gegenkräfte zu mobilisieren. Provokationen von Vertretern bestimmter Gruppierungen wurde sachlich und konsequent begegnet. Den Aufrufen zum Boykott der Wahlen wurde durch das eindrucksvolle Votum der Wähler eine deutliche Abfuhr erteilt.

Mit den Kommunalwahlen eng verbunden war die Wahl der Direktoren, Richter und Schöffen der Kreisgerichte sowie der Mitglieder der Schiedskommissionen. Dabei wurde erneut die demokratische Grundlage unseres Gerichtssystems, die breite Beteiligung der Werktätigen an der Auswahl, Prüfung und Wahl der Richter und Schöffen offenkundig. Die ständige Verbindung der Gerichte mit der Bevölkerung und mit den Volksvertretungen fördert die Bereitschaft der Bürger, noch stärker ihre Verantwortung für Rechtssicherheit, Wachsamkeit, Ordnung und Disziplin zu entwickeln.